

„Ein Lehrstuhl für die Geschichte der Zukunft“
Zur Gründung der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte an der Ruhr-Universität
Bochum

von Lutz BUDRASS

1. Einleitung

Als die Diskussion über die Durchsetzung des sogenannten Bologna-Prozesses im Studium der Geschichte an der Ruhr-Universität begann, wurde recht schnell deutlich, dass die „wichtigste Innovation“¹ der Gründungszeit davon nicht unberührt bleiben würde. Der Gründungsausschuss der Universität Bochum hatte im Dezember 1962 empfohlen, der Sozial-, Wirtschafts- und Technikgeschichte besondere Beachtung zu schenken. Ein Lehrstuhl für Technikgeschichte und sogar zwei Lehrstühle für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte trugen diesem Ziel Rechnung. Überdies sollten die zwei Lehrstühle für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte nicht wie herkömmlich in den Wirtschaftswissenschaften verankert werden, sondern je einer zur Abteilung für Sozialwissenschaften und einer zur Abteilung für Geschichtswissenschaft gehören, beide aber mit vollen Rechten in der jeweils anderen Abteilung ausgestattet. Am Ende kam es sogar dazu, dass beide in die Geschichtswissenschaft integriert wurden. Die Gründungsmitglieder der Abteilung, unter anderen Franz Kiechle, Wolfgang Köllmann, Antje Kraus, Helmut Lukis, Dieter Scheler, Franz-Josef Schmale und Rudolf Vierhaus, die seit 1964 die Vorbereitung des Studiums am Historischen Institut in die Hand nahmen, setzten die Vorgaben des Gründungsausschusses in einer Struktur um, die sich von der herkömmlichen Teilung nach Epochen absetzte. Sie schufen einen eigenen Schwerpunkt für Sozial-, Wirtschafts- und Technikgeschichte, der sich gleichberechtigt zur Alten, Mittleren und Neueren Geschichte gesellte. Der Aufbau auf vier statt drei Säulen war seit 1964 eines der wichtigsten Kennzeichen des Studiums am Historischen Institut der Ruhr-Universität.² Mit zwei Lehrstühlen für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, von denen sich der erste stärker der Sozial-, der zweite stärker der Wirtschaftsgeschichte widmen sollte, stellte sich die Bochumer Universität zudem ne-

¹ Hans MOMMSEN, *Geschichtswissenschaft in Bochum*, in: Klaus Schaller (Hg.), *Universität, Wissenschaft, Gesellschaft*. Festschrift zum 25-jährigen Bestehen der Ruhr-Universität Bochum, Band II, Sankt Augustin 1990, S. 53.

² MOMMSEN, *Geschichtswissenschaft* (wie Anm. 1), S. 54f., Wolfhard WEBER/Lutz ENGELSKIRCHEN, *Streit um die Technikgeschichte in Deutschland 1945 – 1975*, München u.a. 2000, S. 215. Dieser Beitrag konzentriert sich auf die Entwicklung der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte. Zur Entfaltung des Lehrstuhls für Wirtschafts- und Technikgeschichte s. die eingehende Darstellung ebd., S. 215-225.

ben die anderen doppelt ausgestatteten Universitäten wie München und Münster, mit dem Unterschied, dass dort mindestens ein Lehrstuhl zu den Wirtschaftswissenschaften gehörte.³

Gemessen an der Bedeutung der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte bei der Gründung der Universität war die Diskussion der Bochumer Historiker über die Stellung dieses Fachs im neuen Bachelor-Studiengang knapp vierzig Jahre später wenig spektakulär. Während andere Ideen heiß umstritten waren, herrschte bald die Meinung, bei der Reform des Studiums keinen eigenen Schwerpunkt für Sozial-, Wirtschafts- und Technikgeschichte mehr vorzusehen. Der Lehrstuhl für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte I war nach der Emeritierung von Wolfgang Köllmann 1990 nicht wiederbesetzt worden und die personelle Ausstattung auch sonst geschrumpft. Deshalb fiel es den Bochumer Historikern leicht, die Sozial-, Wirtschafts- und Technikgeschichte insgesamt dem Lehrbereich der neueren Geschichte zuzuschlagen.

Die Entscheidung der Bochumer Historiker erregte auch deshalb wenig Aufsehen, da sie sich nahtlos an Entwicklungen in anderen Universitäten fügte. Die Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, die sich traditionell als Brückenfach zwischen den Wirtschaftswissenschaften und der Geschichte versteht, muss sich seit zwanzig Jahren damit auseinandersetzen, dass die Brückenköpfe in beiden Fächern zusammenschmelzen. Während der Wissenschaftsrat 1960 in seinen Empfehlungen für den Hochschulausbau einen Lehrstuhl für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte an jeder wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät gefordert hatte, erklärte dasselbe Gremium 1991, dass Wirtschaftsgeschichte nicht mehr zu den Kernfächern der Wirtschaftswissenschaften zu zählen und daher beim Aufbau der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultäten in den neuen Ländern entbehrlich sei.⁴ Knut Borchardt, der 1960 im Auftrag der Deutschen Forschungsgemeinschaft eine Denkschrift zur Lage der Wirtschaftswissenschaften verfasst hatte⁵, die die Blaupause für den Aufbau wirtschaftsgeschichtlicher Lehr- und Forschungseinheiten in den Wirtschaftswissenschaften gewesen war, musste schon 1987 konstatieren, dass nach dem hoffnungsfrohen Aufbruch ein „Krebsgang“ eingesetzt habe, der das Fach an die Peripherie der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten geführt habe.⁶ Die Sozial- und Wirtschaftshistoriker führen seit dem Ende der achtziger Jahre eine breit angelegte, bis heute nicht abgeschlossene, aber nichtsdestoweniger kaum Aufsehen erregende Diskussion über das Selbstverständnis des Fachs, die letztlich darauf zielt, die Ursachen für sein Abschmelzen an beiden Enden zu fin-

³ Knut BORCHARDT, *Wirtschaftsgeschichte: Wirtschaftswissenschaftliches Kernfach, Orchideenfach, Mauerblümchen oder nichts von dem?*, in: Hermann Kellenbenz/Hans Pohl (Hg.): *Historia socialis et oeconomica. Festschrift für Wolfgang Zorn zum 65. Geburtstag (= Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Beiheft 84)*, Stuttgart 1987, S. 19-22. Borchardt zählt die Bochumer Wirtschaftsgeschichte bezeichnenderweise unter den neuen Lehrstühlen bei den Wirtschaftswissenschaften auf.

⁴ Jürgen KOCKA, *Bodenverluste und Chancen der Wirtschaftsgeschichte*, in: *Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte* 82 (1995), S. 501.

⁵ Knut BORCHARDT, *Denkschrift zur Lage der Wirtschaftswissenschaft*, Wiesbaden 1960.

⁶ BORCHARDT, *Wirtschaftsgeschichte (wie Anm. 3)*, S. 21 und 23.

den.⁷ Das „Desinteresse“ auf der Seite der Wirtschaftswissenschaftler, bei den Historikern die „Ent-Ökonomisierung der Geschichtsbetrachtung“⁸, die Entgrenzung der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte im Konzept der Gesellschaftsgeschichte⁹ und nicht zuletzt die „Begehrlichkeiten“ der selbst arg gebeutelten Geschichtswissenschaft¹⁰ haben sich dabei als Erklärungen herausgeschält.

Der geräuscharme Abbau der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte seit den achtziger Jahren stellt aber den geräuschvollen Aufbruch der frühen sechziger Jahre erst recht heraus. Warum kam es zu der Bewegung, in deren Verlauf an den Universitäten der Bundesrepublik innerhalb von zehn Jahren fünfzehn Lehrstühle für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte errichtet wurden, und wie erklärt sich darin die besondere Stellung der Ruhr-Universität mit ihren zwei Lehrstühlen in den Abteilungen für Geschichts- und Sozialwissenschaft, während die meisten anderen nach traditionellem Muster in den wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten entstanden?

Es gibt zwei Thesen zum Aufbruch der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, eine wissenschaftsgeschichtliche und eine, die das soziale Milieu gerade der neuen Universität im Ruhrgebiet hervorhebt: Wissenschaftsgeschichtlich gehört der Aufbruch zur *Sozialhistorisierung* der Geschichte – der Suche nach gesellschaftlichen statt nur politischen Impulsen historischen Wandels.¹¹ Es war das seit Mitte der fünfziger Jahre formulierte *strukturgeschichtliche Programm* von Werner Conze, das die Grundlage für die Expansion der Sozial-, Wirtschafts- und Technikgeschichte in der Geschichtswissenschaft bildete. In jüngerer Zeit ist die Herkunft dieses Programms aus der *Volksgeschichte* der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft Gegenstand heftiger Debatten gewesen, die hier nicht referiert werden sollen. Fest steht indessen, dass Conze, seit 1955 Professor in Münster und seit 1957 in Heidelberg, dieses Programm strategisch in den Debatten über die Neuorientierung der Geschichtswissenschaften platzierte, gestützt durch die engen Verbindungen zu den anderen Mitgliedern der *Königsberger Gruppe*, die sich nach der Rückkehr ihrer Leitfigur Hans Rothfels aus der Emigration anschickte, die Geschichtswissenschaft in der Bundesrepublik zu dominieren.¹² Da

⁷ Einen ersten Höhepunkt bildete die Bitte der Herausgeber der Vierteljahrschrift für Wirtschafts- und Sozialgeschichte an die Lehrinstitute im Bundesgebiet, für den Jahrgang 1995 Thesenpapiere über das Selbstverständnis des Fachs einzusenden.

⁸ KOCKA, Bodenverluste (wie Anm. 4), S. 503

⁹ Wolfgang KÖLLMANN, Anmerkungen zur Lage des Fachs Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, in: Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 82 (1995), S. 389.

¹⁰ Toni PIERENKEMPER, Was ist eigentlich Wirtschafts- und Sozialgeschichte? – oder: Still playing Hamlet without the prince, in: Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 82 (1995), S. 399.

¹¹ Unter zahlreichen Darstellungen dieser Bewegung, Reinhard SIEDER, Was heißt Sozialgeschichte? Brüche und Kontinuitäten in der Aneignung des ‚Sozialen‘, in: Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften 1 (1990), S. 25-48. Mit einer institutionellen Perspektive: Winfried SCHULZE, Deutsche Geschichtswissenschaft nach 1945, München 1989, S. 281-301.

¹² Zu Conze, Reinhart KOSELLECK, Werner Conze. Tradition und Innovation, in: Historische Zeitschrift 245 (1987), S. 529-543. Zur „Königsberger Gruppe“ und zu Programm und Strategie Conzes: Thomas ETZEMÜLLER, Sozialgeschichte als politische Geschichte. Werner Conze und die Neuorientierung der westdeutschen Geschichtswissenschaft nach 1945, München 2001; SCHULZE, Geschichts-

Conze in den Gründungsausschuss der Ruhr-Universität berufen wurde und drei seiner Schüler, Wolfgang Köllmann¹³, Hans Mommsen und Siegfried Bahne – mittelbar ist auch Rudolf Vierhaus hinzuzurechnen –, zu den ersten Mitgliedern der Abteilung für Geschichtswissenschaft gehörten, lässt sich aus der Bedeutung Conzes hypothetisch auch die besondere Stellung der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte an der Ruhr-Universität ableiten.¹⁴ Der Sog des Programms von Conze konnte sich freilich auch deshalb entfalten, da auf der Seite der Wirtschaftswissenschaften kein ähnlich deziertes Interesse formuliert wurde: Borchardt konnte 1987 zwar von einer nicht näher definierten „Sattelzeit“ des Fachs auch in den Wirtschaftswissenschaften der sechziger Jahre sprechen; in seiner Denkschrift aus dem Jahr 1960 ging er freilich davon aus, dass die Wirtschaftsgeschichte recht eigentlich als Überbleibsel der Historischen Schule der Nationalökonomie angesehen wurde, deren Überwindung für die Ökonomen in etwa die gleiche Bedeutung hatte wie die Hinwendung zur Sozialgeschichte den Historikern: „Die Ablehnung des Historismus in der Nationalökonomie darf [...] keinesfalls zur Vernachlässigung der Wirtschaftsgeschichte führen“.¹⁵

Dass das *Arbeitermilieu*, in dem die neue Universität entstand, der Ansatz für die besondere Berücksichtigung der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte gewesen sei, hat vor allem Hans Mommsen betont: Allein, um „Studierende, die nicht mehr im Banne der bildungsbürgerlichen Überlieferung standen, von der gesellschaftspolitischen Relevanz der historischen Forschung zu überzeugen“ und „sich einer überwiegend bildungsfeindlich gesellschaftlichen Umwelt gegenüber zu behaupten“, habe das Fach Geschichte in Bochum sozialgeschichtliche Sichtweisen etablieren müssen, die der lebensweltlichen Prägung seiner Studenten entgegenkamen.¹⁶ Sozial-, Wirtschafts- und Technikgeschichte waren insoweit das Mittel, die Lücke zwischen der bildungsbürgerlichen Idee der Universität und der vom Arbeitermilieu geprägten Gesellschaft

wissenschaft (wie Anm. 11), S. 281ff.; WEBER/ENGELSKIRCHEN, Streit (wie Anm. 2), S. 201ff.; zur Debatte über die nationalsozialistischen Wurzeln der „Sozialhistorisierung“ s. die Aufsätze im Sammelband Winfried SCHULZE/Otto Gerhard OEXLE, (Hg.): Deutsche Historiker im Nationalsozialismus, Frankfurt/M. 1999, darin insbesondere Götz ALY, Theodor Schieder, Werner Conze oder die Vorstufen der physischen Vernichtung, S. 163-182.

¹³ Zumindest im Fall von Köllmann wird davon ausgegangen, dass er seinen Ruf nach Bochum auch dem Einfluss von Conze verdankte: Burkhard DIETZ/Jürgen REULECKE/Jürgen STOHLMANN, Wolfgang Köllmann 1925 – 1997, in: Zeitschrift des Bergischen Geschichtsvereins 97 (1995/96), S. 2.

¹⁴ WEBER/ENGELSKIRCHEN, Streit (wie Anm. 2), S. 220.

¹⁵ BORCHARDT, Wirtschaftsgeschichte (wie Anm. 3), S. 19, vgl. BORCHARDT, Denkschrift (wie Anm. 5), S. 23.

¹⁶ MOMMSEN, Geschichte (wie Anm. 1), S. 54f.; Tatsächlich findet sich ein entsprechender Hinweis auch in der Denkschrift des Gründungsausschusses, Empfehlungen zum Aufbau der Universität Bochum. Denkschrift des Gründungsausschusses, Bochum 1962, S. 35. Auf die „besondere Aufgabe, den Wandel der im Bewusstsein und in der Daseinsweise die Bildungsferne der „proletarischen Familienexistenz“ im Ruhrgebiet betont auch Klaus TENFELDE, Wandel durch Bildung. Die Ruhr-Universität und das Milieu des Reviers, in: Wilhelm Bleek/Wolfhard Weber (Hrsg.), Schöne neue Hochschulwelt. Idee und Wirklichkeit der Ruhr-Universität Bochum, Essen 2003, S. 45.

im Ruhrgebiet zu schließen¹⁷, gerade auch, damit die Universität die Rolle annehmen konnte, die ihr zufiel, als der Arbeiterkultur durch die Krise der Montanindustrie der Boden entzogen wurde.¹⁸

Die Vorstellung, dass der sozial- und wirtschaftshistorische Schwerpunkt eine bewusste Anpassung an das Arbeitermilieu im Ruhrgebiet gewesen sei, hat einen Reiz, da auf diese Weise auch dessen Abbau erklärt werden kann: Als das Bergarbeitermilieu Ende der achtziger Jahre großflächig musealisiert war, hatte auch die Sonderrolle Bochums in der Geschichtswissenschaft ihre Berechtigung verloren. Dennoch ist einiges gegen die Auffassung einzuwenden, der Strukturwandel des Ruhrgebiets sei gleichsam von der Neuorientierung der Geschichtswissenschaft begleitet worden. Die Reaktionsgeschwindigkeit von Wissenschaftlern sollte nicht unterschätzt werden; als die Ruhr-Universität gegründet wurde, war allerdings keineswegs abzusehen, dass die Absatzkrise des Kohlenbergbaus in den späten fünfziger Jahren der Anfang vom Ende dieser Industrie sein würde. Vor allem lässt sich aus der Konfrontation mit dem Arbeitermilieu nicht der skizzierte breite Aufbruch der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte erklären, der sich sonst an Universitäten wie Münster, Tübingen oder Freiburg in einer durchaus bürgerlichen Umwelt entfaltete.

Gerade der Kontrast der für Bochum herangezogenen Milieu-Erklärung zu der wissenschaftsgeschichtlichen These, die für alle anderen Institute formuliert wird, macht die Schwäche der letzteren deutlich. Die wissenschaftsgeschichtlichen Erkenntnisse zu Programm und Strategie von Werner Conze, zu den Teilnehmern der Debatte über die Sozialgeschichte, zu den Diskussionen auf Historikertagen und im Historikerverband sind ausgesprochen dicht; auch ist der Bezug der sozialgeschichtlichen Konzeption Werner Conzes zur „Volksgeschichte“ gut erforscht; über den gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und auch politischen Hintergrund der Wendung zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte in der Bundesrepublik der fünfziger Jahre gibt es allenfalls bruchstückhafte Erkenntnisse. Allenthalben wird beispielsweise über den „Glücksfall“ berichtet, dass ein Historiker, Paul Egon Hübinger, 1954 zum Leiter der Kulturabteilung im Bundesinnenministerium bestellt wurde, von wo aus er fortan Mittel in die Projekte seiner Wissenschaftskollegen lenkte¹⁹, die gesellschaftliche Resonanz der Diskussion über Geschichte jenseits des engeren Kreises der Historiker ist jedoch kaum systema-

¹⁷ Wilhelm GEERLINGS, Wozu noch Geisteswissenschaften? Edition – Interpretation – Innovation, in: Wilhelm Bleek/Wolfhard Weber (Hrsg.), *Schöne neue Hochschulwelt. Idee und Wirklichkeit der Ruhr-Universität Bochum*, Essen 2003, S. 77. In eine ähnliche Richtung geht das Argument, durch die enge Verbindung der Technikgeschichte mit den Ingenieurwissenschaften – als deren geborene Klientel die bildungshungrigen Söhne aus dem Arbeitermilieu angesehen wurden –, „letzteren die Integration in eine Universität zu erleichtern“: Maria OSIETZKI, *Modernisierung oder Reform? Das Erbe der Wissenschafts- und Bildungspolitik der 50er Jahre*, in: Burkhard Dietz/Winfried Schulze/Wolfhard Weber (Hg.), *Universität und Politik. Festschrift zum 25jährigen Bestehen der Ruhr-Universität Bochum*, Bd. I, Bochum 1990, S. 43.

¹⁸ TENFELDE, *Wandel* (wie Anm. 16), S. 47 u. 52.

¹⁹ SCHULZE, *Geschichtswissenschaft* (wie Anm. 11), S. 241f.; ETZEMÜLLER, *Sozialgeschichte* (wie Anm. 12), S. 158.

tisch in den Blick genommen worden.²⁰ So ist noch nicht einmal die – quellenkritisch an sich bedeutsame Frage – nach dem Ort der Veröffentlichung des Programms von Werner Conze gestellt worden. Sein wichtigster Beitrag dazu erschien nämlich nicht in einem der führenden Fachorgane der Historiker oder Sozial- bzw. Wirtschaftswissenschaftler, wenngleich es 1952 einen kürzeren Vorläufer in „Geschichte in Wissenschaft und Unterricht“ gab, sondern als Einzelveröffentlichung in einer Reihe, in der sonst vornehmlich ingenieurs- und naturwissenschaftliche Beiträge zu finden sind: als Heft 66 der Schriftenreihe der Arbeitsgemeinschaft für Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen (AGF) im Westdeutschen Verlag in Opladen.²¹ Zwar werden die Arbeitsgemeinschaft für Forschung und ihr langjähriger Leiter, Leo Brandt, in den einschlägigen Arbeiten kurz betrachtet,²² aber die Frage, warum Conze ausgerechnet hier – die Veröffentlichung entstand aus einem Vortrag, den Conze auf einem Kolloquium der geisteswissenschaftlichen Klasse der Arbeitsgemeinschaft im September 1956 gehalten hatte – seine Thesen zur Bedeutung der Strukturgeschichte im Zusammenhang entfaltete, ist bislang noch nicht gestellt worden, obwohl die Diskussionen der Arbeitsgemeinschaft seit ihrer Gründung 1950 das Ziel verfolgten, die Aufgaben für die Forschung in Deutschland insgesamt abzustecken.

Im Folgenden soll also die Funktion des durch den Vortrag Conzes vorbereiteten Aufbruchs der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte in Deutschland für die Fortschrittsdiskussion in der Bundesrepublik betrachtet werden, die sich in der AGF bündelte. Besonderes Augenmerk soll dabei auf die Erklärung der Besonderheiten der Gründung der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte an der Ruhr-Universität gelegt werden. Um dieses Ziel zu erreichen, führt die Argumentation jedoch zunächst etwas weiter von den wissenschaftsgeschichtlichen Problemen weg: die AGF ist nämlich nicht ohne die Person ihres Gründers, Leo Brandt, und dessen Forschungspolitik zu verstehen.

2. Leo Brandt und die Arbeitsgemeinschaft für Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen

²⁰ Das gilt auch für die sonst akribische Arbeit von Jin-Sung CHUN, *Das Bild der Moderne in der Nachkriegszeit. Die westdeutsche „Strukturgeschichte“ im Spannungsfeld von Modernitätskritik und wissenschaftlicher Innovation 1948 – 1962*, München 2000, insoweit zwar „Leitbilder“ des Konzepts Conzes, nicht jedoch konkrete gesellschaftliche Voraussetzungen diskutiert werden: „Die Debatte der Historiker um Sozialgeschichte bzw. Strukturgeschichte kann ganz allgemein durch die Wahrnehmung der „Moderne“ und ihre Reaktion darauf charakterisiert werden,“ CHUN, *Bild* (wie Anm. 20), S. 144.

²¹ Werner CONZE: *Die Strukturgeschichte des technisch-industriellen Zeitalters als Aufgabe für Forschung und Unterricht*, Köln u.a. 1957 (=Schriftenreihe der Arbeitsgemeinschaft für Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen, Heft 66).

²² ETZEMÜLLER, *Sozialgeschichte* (wie Anm. 12), S. 104 nennt die AGF als „einen der vielen Punkte in der Finanzierungslandschaft“, während WEBER/ENGELSKIRCHEN, *Streit* (wie Anm. 2), S. 56 u. 218, Leo Brandt zwar mehrfach als einflussreich charakterisieren, seine Ziele und die der AGF aber wenig konkret benennen.

Leo Brandt „war zu seiner Zeit in der Bundesrepublik ein einzigartiger Mann, heute wäre er undenkbar.“²³ Schon in den Nachrufen, die ihm nach seinem frühen Tod 1971 gewidmet wurden, war zu lesen, dass er die Wirtschaft des neuen Landes Nordrhein-Westfalen so stark geprägt habe wie kaum ein zweiter: nicht nur die Gründung von zwei der wichtigsten Großforschungsanlagen der Bundesrepublik, die Kernforschungsanlage Jülich und die Deutsche Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt in Köln-Porz gehen auf Brandt zurück, sondern zwei Dutzend weiterer universitärer und außeruniversitärer Forschungseinrichtungen. Die Elektrifizierung der Bundesbahn trägt ebenso seine Handschrift wie der Ausbau des Flughafens Düsseldorf. Dabei war Brandt keineswegs Ministerpräsident oder Minister, noch nicht einmal Landtagsabgeordneter. Seit 1949 diente er zweiundzwanzig Jahre lang dem Land Nordrhein-Westfalen zunächst als Ministerialdirektor und später als Staatssekretär: Brandt war ein überzeugter Sozialdemokrat und seine Chancen auf eine politische Karriere im Stammland der CDU entsprechend schlecht. Erst 1966 gab es für ihn die Aussicht auf einen Ministerposten, die sich paradoxerweise durch den erdrutschartigen Wahlsieg der SPD zerschlug.²⁴

Als Sozialdemokrat kam Brandt 1908 „gewissermaßen schon zur Welt“.²⁵ Sein Vater, ein hoher Postbeamter aus einer alteingesessenen rheinischen Familie, gehörte zur Partei August Bebel; sein Sohn wurde 1929 formal Mitglied, zählte aber schon 1927 zu den Gründern des SPD-nahen Republikanischen Studentenbundes, dessen Bundesvorsitzender er 1930 wurde. Leo hieß er nach einem Aachener Jugendfreund des Vaters, Leo Löwenstein, Gründer des Reichsbunds jüdischer Frontsoldaten, aber auch einer der Pioniere der Schallwellenmessung, lebenslang Vorbild seines Patenkindes.

Auch Leo Brandt war eine naturwissenschaftliche Ausnahmebegabung. Nach einem Studium der Elektrotechnik an den Technischen Hochschulen in Aachen und Charlottenburg wurde er bei der Suche nach einer Stellung 1932 von der Reichspost abgewiesen und ging daher zu Telefunken, der von Siemens und der AEG gemeinsam betriebenen Gesellschaft für drahtlose Telegraphie. In dem durch die Rüstungskonjunktur expandierenden Unternehmen stieg er schnell auf: 1935 wurde er zum Leiter des Labors für Ultrakurzwellenempfänger ernannt, seit 1937 leitete er die Geräteentwicklung auf dem Empfängersektor insgesamt.²⁶ Während der späten dreißiger Jahre konzentrierte sich Brandt auf die Entwicklung des Funkmessverfahrens, heute eher unter dem englischen Begriff *Radar* bekannt.²⁷ Telefunken gelang es erstmals 1937, ein zuverläss-

²³ Bernd A. RUSINEK, Leo Brandt (1908-1971), in: Geschichte im Westen 6 (1991), S. 74.

²⁴ Im Land Nordrhein-Westfalen können nur Mitglieder des Landtags Minister werden; da alle 99 Abgeordneten der SPD 1966 direkt gewählt wurden, Brandt aber nur auf der Landesliste abgesichert war, konnte er kein Ministeramt antreten, RUSINEK, Brandt (wie Anm. 22), S. 89. Zum Angebot des späteren Ministerpräsidenten Kühn, s. Kühn an Brandt, 11.2.66, HStA Düsseldorf RWN 18/25, Bl. 173f.

²⁵ RUSINEK, Brandt (wie Anm. 22), S. 75.

²⁶ S. den eigenhändigen Lebenslauf Brandts, 14.12.49, HStA Düsseldorf RWN-18/26, Bl. 117ff.

²⁷ Zur Geschichte der Radartechnik in Deutschland s. Frank REUTER, Funkmeß. Die Entwicklung und der Einsatz des RADAR-Verfahrens in Deutschland bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges, Opladen

siges Funkmessgerät zur Identifikation von Flugzeugen zu schaffen, das nach dem Geburtsort des zuständigen Laborleiters *Darmstadt* genannt wurde. Wenige Wochen nach Kriegsbeginn präsentierte Brandt eine konstruktiv vereinfachte und leistungsfähigere Variante von *Darmstadt*. Diese *Würzburg* getaufte Abart konnte einfliegende Flugzeuge in einer Entfernung bis zu 35 km anpeilen²⁸, wurde rasch in Serie hergestellt und blieb bis zum Kriegsende das wichtigste Radargerät auf deutscher Seite.

Durch diesen Erfolg stieg Brandt nicht allein an die Spitze der technischen Entwicklung bei Telefunken auf (1943), sondern er gewann eine nicht minder bedeutende Stellung in der Rüstungsorganisation. Als die Luftwaffe 1942 die sogenannten Entwicklungsgruppen schuf, in der Vertreter des Militärs, der beteiligten Rüstungsunternehmen und einschlägiger Forschungsinstitute die Entwicklungskordinaten der Luftwaffentechnik festlegten, wurde Brandt zum Chef der Entwicklungsgruppe Funkmess ernannt. Seine wichtigste Leistung in dieser Funktion markierte zugleich auch seine wichtigste Kriegserfahrung. Ein Ausschuss der Entwicklungsgruppe Funkmess, die Arbeitsgemeinschaft Rotterdam, schaffte es 1943 in wenigen Monaten, den Nachbau eines britischen Radargeräts zu organisieren, das aus einem bei Rotterdam abgeschossenen Kampfflugzeug geborgen worden war. Dieser Erfolg war nicht nur für Brandt zuallererst ein Resultat der über die Grenzen von Militär, Unternehmen und Wissenschaftsdisziplinen hinweg organisierten unbürokratischen Zusammenarbeit in der Arbeitsgemeinschaft Rotterdam.²⁹

Die wachsende Rolle der Hochfrequenztechnik im Krieg der Wissenschaften sorgte dafür, dass Brandt, der 1930 stolz von sich behaupten konnte, *beim Kampf gegen den faschistischen Ungeist an den Hochschulen seinen Mann gestanden zu haben*,³⁰ 1944/45 an allen größeren Entwicklungsprojekten der nationalsozialistischen Rüstung beteiligt war. Zugleich gehörte er zu jener schmalen Elite von überzeugten Gegnern des Nationalsozialismus, die im Lande geblieben waren, überlebt hatten und nach der Kapitulation Funktionsstellen in der deutschen Verwaltung übernehmen konnten. Walter Kolb, ein weiterer Gründer des republikanischen Studentenbundes, nach der Haft im Konzentrationslager Buchenwald als erster Düsseldorfer Nachkriegsoberbürgermeister eingesetzt, verpflichtete seinen Freund Leo Brandt 1945 als Direktor der Düsseldorfer Rheinbahn. Als Kolb kurz darauf zum Frankfurter Oberbürgermeister gewählt wurde, blieb Brandt in Düsseldorf und lernte auf diese Weise den kurzzeitigen

1971; Leo BRANDT, Rückblick auf die deutsche Funkmeßtechnik [1950], in: Ders.: Forschen und Gestalten. Reden und Aufsätze von Leo Brandt 1930 – 1962, Köln/Opladen 1962, S. 53-79.

²⁸ REUTER, Funkmeß (wie Anm. 26), S. 32ff.

²⁹ Kai HANDEL, Die Arbeitsgemeinschaft Rotterdam und die Entwicklung von Halbleiterdetektoren. Hochfrequenzforschung in der militärischen Krise 1943 – 1945, in: Helmut Maier (Hg.): Rüstungsforschung im Nationalsozialismus. Organisation, Mobilisierung und Entgrenzung der Technikwissenschaften (= Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus, Bd. 3), Göttingen 2002, S. 250-270.

³⁰ Brandt an Staatssekretär Pünder, Reichskanzlei, 19.9.30, Bundesarchiv R 43I/768, Bl. 285.

Nachfolger Kolbs kennen und schätzen, Karl Arnold, von 1947 bis 1956 der erste gewählte Ministerpräsident des neuen Landes Nordrhein-Westfalen.

Arnold, der wichtigste innerparteiliche Gegner von Konrad Adenauer, stammte aus der christlichen Arbeiterbewegung und hatte sich seit 1933 als Installateur über Wasser gehalten. Brandt stand ihm nicht nur biographisch, sondern auch in seinen politischen Auffassungen näher als mancher Parteifreund in der CDU. Die gegenseitige Wertschätzung trug Brandts Initiative in der Forschungspolitik des Landes, nachdem er zuerst 1949 in das von Arnold in Personalunion geführte Verkehrsministerium berufen worden war. Seine Sonderstellung unter den Beamten des Landes litt auch nicht, als er im zweiten Kabinett Arnold im Ministerium für Wirtschaft und Verkehr einem Minister aus den Reihen der CDU und im dritten Kabinett Arnold in einem von der FDP geführten Ministerium diente. Gerade bei der Beziehung zu Friedrich Middelhauwe, gleichzeitig Landesvorsitzender der stramm deutschnationalen FDP in Nordrhein-Westfalen³¹, zeigte sich, dass Brandt durch seine Biographie auch Zugang zu Kreisen auf der rechten Seite des Parlaments hatte.³²

Wenngleich der Ausgangspunkt der Arbeit Brandts die Verkehrspolitik war, in der er in den folgenden Jahren um die Elektrifizierung der Bundesbahn und die Wiederrückführung einer deutschen Verkehrsflugfahrt³³ stritt, so war dies von Beginn an in ein Forschungsstrategisches Konzept eingebunden. Es rieb sich in erster Linie an den Verboten, die die Alliierten der Forschung in Deutschland auferlegt hatten. Am 29. April 1946 hatte der Alliierte Kontrollrat das Gesetz Nr. 25 verabschiedet, durch das in Deutschland jegliche Forschung verboten war, die für militärische Zwecke nutzbar gemacht werden konnte; unter anderem waren dies Kernphysik, Bau und Entwicklung von Flugzeugen, Gasturbinen und Raketenantrieben, Schiffbau, Hochfrequenztechnik, Hydrierung und die Erforschung von Kunststoffen und bestimmten Metallen. Das neu gegründete Land Nordrhein-Westfalen hatte seit dem Erlass dieses Gesetzes versucht, eine Lockerung der Verbote zu erreichen, und gleichzeitig Mittel bereitgestellt, die Industrie des Landes bei der zivilen Forschung zu unterstützen. Die Anstrengungen der Grundlagen- und der Industrieforschung wurden aber trotz dringender Forderungen nicht zentral koordiniert. Beim Antritt Brandts war das Kultusministerium für die Grundlagenforschung an den Hochschulen und die Beiträge zur überregionalen Forschungsförderung zuständig. Das Wirtschaftsministerium hingegen förderte die Forschungseinrichtungen der Industrie im Land.³⁴

Im März 1950 lud Arnold erstmals Wissenschaftler ein, gemeinsam mit Vertretern der Landesregierung über den Stand der Forschung und die notwendigen Schritte auf deut-

³¹ Norbert FREI, *Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit*, München 1996, S. 361ff.

³² Zur Bedeutung Brandts in den Augen Middelhauwes s. Middelhauwe an Brandt, 2.3.65, HStA Düsseldorf RWN-18/25, Bl. 109.

³³ Mirko SCHÖNBERG, *Flughafenstreit. Die Kontroverse um den Ausbau des Düsseldorfer Flughafens von 1952 bis zum Angerland-Vergleich (1965)*, Marburg 2006.

³⁴ Jürgen BRAUTMEIER, *Forschungspolitik in Nordrhein-Westfalen*, Düsseldorf 1983, S. 50-67.

scher Seite zu beraten. Ziel sei es, präzisierte Arnold gegenüber dem Wirtschaftsministerium, einen Rat aus Vertretern der Landesregierung zu bilden, der gemeinsam mit führenden Wissenschaftlern offen und vorurteilsfrei über die Möglichkeiten diskutieren solle, den Rückstand in Technik und Naturwissenschaften aufzuholen und dabei auch ausloten würde, wie zivile Anwendungen in den von den Alliierten beschränkten Forschungsfeldern vorangetrieben werden könnten. Langfristig dachte Arnold daran, diesen Kreis zu einer Rheinisch-Westfälischen Akademie der Wissenschaften auszubauen.³⁵

Noch bevor das Wirtschaftsministerium mit dem Verkehrsministerium im zweiten Kabinett Arnold vereinigt und damit auch dessen Etat entsprechend verwendet werden konnte, markierte diese Einladung, die am 19. Mai 1950 in die Gründung der Arbeitsgemeinschaft für Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen mündete, einen grundsätzlichen Richtungswechsel in der Forschungspolitik des Landes. Die Arbeitsgemeinschaft griff durch die Wendung zur Grundlagenforschung in den Bereich des Kultusministeriums ein und schuf damit ein anhaltendes Problem der Abgrenzung in diesem Feld. Dabei waren weder ihre Stellung als Organ der Landesregierung noch der Modus definiert, mit dem sie sich ergänzte und ihre Ziele bestimmte. Erst 1963 verabschiedete der Landtag eine Satzung und erst 1970 wurde die Arbeitsgemeinschaft für Forschung formell als Rheinisch-Westfälische Akademie der Wissenschaften und somit als Selbstverwaltungskörperschaft des öffentlichen Rechts definiert.³⁶ Bis zu diesem Zeitpunkt war sie beides: eine wissenschaftliche Sozietät und ein von der Landesregierung gelenktes Bindeglied zwischen Wissenschaft, Staat und Wirtschaft und in dieser Funktion „maßgeblich“ in die Verteilung der öffentlichen Mittel für die Forschung im Land eingeschaltet. „Die außerhalb des normalen Kultusetats zur Verfügung stehenden Forschungsmittel [...] werden nur vergeben, nachdem zuvor [...] die Arbeitsgemeinschaft für Forschung gehört worden ist“.³⁷ Die Bewilligung der Mittel folgte jedoch im Prinzip den Interessen ihres Initiators, Karl Arnold, und ihres Geschäftsführers, Leo Brandt.

Die Offenheit der Teilnahmebedingungen und der Diskussion in der Arbeitsgemeinschaft, deren Mitglieder – 45 in der naturwissenschaftlich-technischen, 35 in der 1952 gegründeten geisteswissenschaftlichen Klasse – sich monatlich zu Kolloquien mit Vortrag und Aussprache trafen, war bereits Teil des forschungsstrategischen Programms von Leo Brandt. Als 1952 die Arbeitsgemeinschaft für Rationalisierung gegründet wurde – nach einem ähnlichen Muster wie die Arbeitsgemeinschaft für Forschung, aber in den folgenden Jahren weniger bedeutend als diese –, bezeichnete er recht klar das Vorbild dieser formlosen Foren, die unter seiner Leitung zusammenkamen. Während eines Grundsatzvortrags über Probleme der Rationalisierung kam der

³⁵ BRAUTMEIER, Forschungspolitik (wie Anm. 33), S. 68-75.

³⁶ BRAUTMEIER, Forschungspolitik (wie Anm. 33), S. 117-121.

³⁷ Leo BRANDT (Hg.), Aufgaben deutscher Forschung auf dem Gebiet der Natur-, Ingenieur- und Gesellschaftswissenschaften. Versuch eines vorläufigen Überblicks mit zusätzlichen Angaben über Forschungsstätten und Förderer deutscher Forschung, Köln/Opladen 1952, S. 385.

Ministerialdirektor im Ministerium für Wirtschaft und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen unvermittelt auf „Dinge“ zu sprechen, „die viele von Ihnen während des Krieges lebhaft und unmittelbar miterlebt haben. Ich möchte an die Zeit erinnern, als die Ringe, Ausschüsse und Entwicklungskommissionen eingerichtet wurden, und durch das Ministerium Speer die deutsche Rüstungsindustrie plötzlich sehr stark zum Erfahrungsaustausch und zur Typenbegrenzung aufgefordert wurde. Ich bin mir völlig bewusst, dass ein Blick auf diese vergangene Zeit in mancher Hinsicht recht gefährlich ist. Wir wollen alle zusammen keine Zwangswirtschaft nach Speerschen Methoden, und wir wissen auch, dass damals recht unerfreuliche politische Momente vorhanden waren. Trotzdem soll man Erfahrungen auch dann übernehmen, wenn sie aus einer an sich unerfreulichen Epoche kommen.“³⁸

Das Vorbild seiner Arbeitsgemeinschaften zog Brandt aus seinen Erfahrungen mit der nationalsozialistischen Forschungsorganisation und der in ihr – durch den Druck der Kriegereignisse erzwungenen – unbürokratischen Zusammenarbeit von Vertretern von Staat, Wirtschaft und Wissenschaft. Die Entwicklungsgruppen im Reichsluftfahrtministerium – ähnliche Organisationen entstanden auch in anderen Bereichen der deutschen Rüstung – basierten auf der Idee, das Flugzeug als Kern der Rüstungsanstrengungen der Luftwaffe gleichsam in seine Komponenten zu zerlegen und jede dieser Komponenten in einer einzigen Kommission zu optimieren, in der sich alle Vertreter zusammenfanden, die mit der Entwicklung dieser Komponente befasst waren. Die Entwicklungsgruppen setzten somit zunächst eine sinnvolle Systematisierung der Forschungs- und Entwicklungsfelder voraus, aus denen ein so komplexes Gut wie ein Flugzeug entstand, und hatten eine interdisziplinäre Zusammenarbeit zur Voraussetzung. Die Erfahrung Brandts, die sich mit der anderer Teilnehmer dieser mit dem Namen von Albert Speer verbundenen, aber nicht von Speer initiierten Forschungs- und Entwicklungsorganisation deckte, lässt sich allerdings auch so umreißen, dass durch die Festlegung eines Leitsektors der wissenschaftlich-technischen Entwicklung³⁹, in diesem Fall das Flugzeug, gleichzeitig eine Ordnung der Prioritäten der beteiligten Wissenschaften erreicht und gleichsam der Pfad des technischen Fortschritts vorgezeichnet wurde: *Die Technik des Flugzeugbaus treibt ganze Industriezweige nach vorn, zum Beispiel durch ihre Anforderungen an Leichtmetalle und den Leichtbau und durch ihre Forderung nach neuen Konstruktionsteilen wie Glasgespinste für Zellentei-*

³⁸ Leo BRANDT, Probleme der Rationalisierung, in: Ansprachen, Vorträge und Diskussionsbeiträge auf der Gründungssitzung der Arbeitsgemeinschaft für Rationalisierung am 23. Januar 1952 in Düsseldorf (= Arbeitsgemeinschaft für Rationalisierung des Landes Nordrhein-Westfalen, Heft 1), Dortmund 1952, S. 42.

³⁹ Diese Überlegung war in der Luftfahrtindustrie der Zwischenkriegszeit weit verbreitet und fand ihren theoretischen Niederschlag in einer der einflussreichsten wirtschaftswissenschaftlichen Darstellungen der sechziger Jahre: Walt W. ROSTOW, *The Stages of Economic Growth. A Non-Communist Manifesto*, Cambridge/Mass. 1960, S. 39; aus technikhistorischer Sicht berührt sich diese Definition eines Zugpferds der technischen Entwicklung mit dem Konzept von Thomas P. HUGHES, *The Evolution of large Technological Systems*, in: Wiebe E. Bijker/ Thomas P. Hughes/ Trevor J. Pinch (Hg.): *The Social Construction of Technological Systems. New Directions in the Sociology and History of Technology*, Cambridge/Mass., London 1987, S. 51-82.

le statt Aluminium [...], schrieb Brandt 1957.⁴⁰ Diese beiden Schritte, Systematisierung der Wissenschaften und die Definition von übergeordneten Leitsektoren der wissenschaftlichen Arbeit, waren die Prinzipien der Arbeitsgemeinschaft Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen.

1952 legte die AGF eine Zusammenstellung von „Aufgaben deutscher Forschung – Forschungsnotwendigkeiten auf verschiedenen Gebieten der Natur-, Ingenieur- und Gesellschaftswissenschaften“ vor. Sie enthielt zwei großformatige Tafeln, in denen die Arbeitsgegenstände und -vorhaben verschiedener Fächer festgehalten und in längeren Texten erläutert waren: Auf der Tafel der Natur- und Gesellschaftswissenschaften war jeweils eine Spalte für die einzelnen Wissenschaften in den klassischen Disziplinteilungen reserviert: Biologie, Mathematik, Soziologie etc. Bei den Ingenieurwissenschaften waren die Spalten meist im Sinne der Idee des Leitsektors mit Kohle, Eisen und Stahl, Verkehrswesen überschrieben, erst darunter fanden sich die Spalten mit überkommenen Disziplinen. Sonst waren Querverbindungen nicht aufgezeichnet, denn der Sinn dieser Übersichten bestand gerade darin, dass der Betrachter sie eigenständig herstellen und über diesen Weg mit Vertretern anderer Disziplinen ins Gespräch kommen sollte. In seiner Einführung betonte Arnold, dass dies freilich nur ein erster Schritt sei, um in einem zweiten „in höchst praktischer Form Forschungsaufgaben finanziell und durch die Gründung von Instituten zu fördern.“⁴¹ Allein die Ausstattung dieses Bandes signalisierte, dass es dem Ministerpräsidenten ernst war, Geld in die Sache zu stecken: Die *Aufgaben* erschienen – obwohl in der ersten Auflage eine durchaus lückenhafte Übersicht und keine „Enzyklopädie“, wie Brandt in seinem Vorwort betonte – sowohl in der einbändigen ersten 1952 als auch in der 1956 herausgegebenen, wesentlich erweiterten vierbändigen zweiten Auflage auf holzfreiem Papier, waren in rotes Leinen gebunden, mit Goldprägung auf dem Einband und goldfarbigem Schnitt versehen: sieben Jahre nach Kriegsende ein durchaus ungewohntes Produkt der deutschen Buchdruckerkunst.

Die *Aufgaben* waren das Programm für die AGF. In zahlreichen Kolloquien – 130 in beiden Klassen bis 1957 – wurden die definierten Felder in den folgenden Jahren abgearbeitet und die Ergebnisse in der Schriftenreihe publiziert. Gleichzeitig dienten die *Aufgaben* als Leitlinie zur Gründung von Forschungsinstituten, teils an den Universitäten des Landes, teils in der Trägerschaft überkommener Wissenschaftsvereinigungen. Allein zwischen 1950 und 1957, bilanzierte Brandt, gründete das Land auf der Grundlage der *Aufgaben* und der Diskussion in den Kolloquien 25 wissenschaftliche Institute und förderte rund 1200 einzelne Forschungsvorhaben in Nordrhein-Westfalen, was Mitte der fünfziger Jahre eine jährliche Entnahme von 10 Millionen Mark aus dem Forschungsförderungsfonds erforderlich machte, der sich aus dem Etat des Wirt-

⁴⁰ Leo BRANDT, *Die zweite industrielle Revolution*, München 1957, S. 82.

⁴¹ Karl ARNOLD, Einführung, in: Leo Brandt (Hg.), *Aufgaben deutscher Forschung auf dem Gebiet der Natur-, Ingenieur- und Gesellschaftswissenschaften. Versuch eines vorläufigen Überblicks mit zusätzlichen Angaben über Forschungsstätten und Förderer deutscher Forschung*, Köln/Opladen 1952, S. VI.

schaftsministeriums speiste. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft insgesamt hatte nur rund das Doppelte dieser Summe zur Verfügung.⁴²

Die Leitsektoren des technischen Fortschritts waren schon unmittelbar nach der Gründung der Arbeitsgemeinschaft definiert worden. 1950 legte die AGF Denkschriften über die Wirkung der alliierten Verbote vor, die sich auf drei Technikbereiche konzentrierten: Nachrichtentechnik und Navigation, Gasturbine und Flugzeugbau, und schließlich ein Feld, auf das sich die Arbeit – und die Ausgaben – der Arbeitsgemeinschaft Forschung konzentrieren sollten, die Kernphysik. Unbeschadet der Tatsache, dass die alliierten Verbote bis zur Wiedererlangung der Souveränität 1955 kaum gelockert wurden, nutzen Brandt und die AGF jede Gelegenheit, Forschungskapazitäten zu bilden und zu fördern, die mittelbar mit diesen Leittechnologien in Verbindung standen. Die Verbote sorgten sogar dafür, dass das Land recht erfolgreich bei der Gründung von Forschungsinstituten war. Denn die Wissenschaftler der verbotenen Industrien konnten nicht auf ihren angestammten Feldern arbeiten und ließen sich relativ kostengünstig zu einem Wechsel nach Nordrhein-Westfalen überreden, zumal wenn sie Professuren an den Universitäten und Hochschulen jenseits von Oder und Neiße innegehabt hatten oder gar ohne universitäre Stellung zu sogenannten Reichsprofessoren ernannt worden waren. Zudem kehrten etliche Wissenschaftler, die 1945 gedrängt und gezwungen worden waren, in Frankreich, den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion zu arbeiten, seit Anfang der fünfziger Jahre zurück und fanden gleichfalls Aufnahme durch die Arbeitsgemeinschaft für Forschung.⁴³ Dass dabei auch politisch belastete Männer wieder zu Amt und Würden kamen, spielte keine Rolle für Brandt. Eines der ersten Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft für Forschung war Abraham Esau, einer der Pioniere der Hochfrequenztechnik, Mitglied im Uranverein, aber auch früherer Präsident der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt, Rektor der Universität Jena und Chef der Forschungsführung im Reichsluftfahrtministerium, der nach dem Ende seiner Internierung 1949 als Gastprofessor nach Aachen berufen wurde.⁴⁴

3. Werner Conze und die „Zweite Industrielle Revolution“

Eine geisteswissenschaftliche Klasse war schon seit der Gründung der Arbeitsgemeinschaft für Forschung vorgesehen, fehlte doch in keiner ihrer Selbstbeschreibungen die Leibnizsche Akademie der Wissenschaften als Vorbild. Dieser Anspruch wurde frei-

⁴² BRANDT, *Revolution* (wie Anm. 39), S. 149f.

⁴³ Helmuth TRISCHLER, *Luft- und Raumfahrtforschung in Deutschland 1900 – 1970. Politische Geschichte einer Wissenschaft*, Frankfurt/M., New York 1992, S. 306f.

⁴⁴ Dieter HOFFMANN, Carl Ramsauer, die deutsche Physikalische Gesellschaft und die Selbstmobilisierung der Physikerschaft im „Dritten Reich“, in: Helmut Maier (Hg.): *Rüstungsforschung im Nationalsozialismus. Organisation, Mobilisierung und Entgrenzung der Technikwissenschaften (= Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus, Bd. 3)*, Göttingen 2002, S. 276f.

lich zuerst nicht mit viel Inhalt gefüllt. Die erste Auflage der *Aufgaben* erwähnte lediglich Soziologie und Wirtschaftswissenschaft. Die Grundrisse für beide Disziplinen wurden allerdings von einem historisch arbeitenden Wirtschaftswissenschaftler formuliert: Walther G. Hoffmann, seit 1944 Ordinarius an der Universität Münster und seit 1947 zugleich Direktor der Sozialforschungsstelle an der Universität Münster, Sitz Dortmund.⁴⁵ Am Beispiel von Hoffmann lassen sich gut die Wechselwirkungen zwischen dem Programm Brandts und der wirtschaftswissenschaftlichen und wirtschaftshistorischen Forschung zeigen. Hoffmann, 1903 geboren, zwischen 1932 und 1944 Abteilungsleiter am Institut für Weltwirtschaft in Kiel, hatte in seiner Dissertation 1931 ein Modell des wirtschaftlichen Wachstums vorgelegt, das den Phasen der Industrialisierung eine bestimmte Industriestruktur zuordnete. Hauptunterscheidungskriterium war das Verhältnis der Produktionswerte von Konsumgüter- und Kapitalgüterindustrie. Dieses Modell bildete die Grundlage für die weitere wissenschaftliche Arbeit Hoffmanns. Da sich mit ihm gleichsam der Grad der Industrialisierung einer Volkswirtschaft messen ließ, war es aber auch wertvoll für Anstrengungen, die sich gerade den strukturellen Wandel einer Industriewirtschaft durch konzentrierte Investitionen in Industriezweige wie Kernkraft und Flugzeugbau zum Ziel gesetzt hatten.

In die *Aufgaben* von 1952 fügte Hoffmann deshalb unter der Rubrik Wirtschaftspolitik einen Absatz zum Fach *Industriewirtschaft* ein, dessen Aufgabe es sei, die „Umschichtung der westdeutschen Industriestruktur zugunsten relativ stärkerer Entfaltung der Produktionsmittelindustrie“ zu untersuchen.⁴⁶ 1955 entstand daraufhin das Institut für Industriewirtschaftliche Forschung an der Universität Münster, dessen erster Direktor Walther G. Hoffmann wurde. Damit freilich nicht genug; der Plan Hoffmanns, Datensätze zur quantitativen Entwicklung der deutschen Wirtschaft seit dem 19. Jahrhundert vorzulegen, wurde ebenso großzügig von der Arbeitsgemeinschaft für Forschung unterstützt: Das Produkt, ein über achthundertseitiges Kompendium mit 325 Tabellen, nach gut zehnjähriger Arbeit 1965 erschienen, ist bis heute die Datenbibel der deutschen Wirtschaftshistoriker, war aber ursprünglich für den Zweck gedacht, die wirtschaftspolitische Flanke der Forschungspolitik der Arbeitsgemeinschaft für Forschung zu sichern.⁴⁷

Im Fall der Geisteswissenschaftler, die seit 1952 zur Arbeitsgemeinschaft für Forschung stießen, lässt sich ein so enger Zusammenhang zwischen den von ihnen formulierten Forschungszielen und dem Programm Brandts nicht ohne weiteres herstellen. Wenngleich die Berufungspolitik insgesamt undurchsichtig ist, mussten im wesentli-

⁴⁵ Zu den Mitgliedern der Arbeitsgemeinschaft für Forschung s. die Kurzbiographien in Fritz ESCHEN, Köpfe der Forschung an Rhein und Ruhr. Die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft für Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen, Dortmund 1959.

⁴⁶ Walther G. HOFFMANN, Wirtschaftswissenschaft, in: Leo Brandt (Hg.), Aufgaben deutscher Forschung auf dem Gebiet der Natur-, Ingenieur- und Gesellschaftswissenschaften. Versuch eines vorläufigen Überblicks mit zusätzlichen Angaben über Forschungsstätten und Förderer deutscher Forschung, Köln/Opladen 1952, S. 222.

⁴⁷ Walther G. HOFFMANN, Das Wachstum der deutschen Wirtschaft seit der Mitte des 19. Jahrhunderts. Unter Mitarbeit von Franz Grumbach u. Helmut Hesse, Berlin/Heidelberg/New York 1965.

chen zwei Bedingungen erfüllt sein, um Mitglied in der Arbeitsgemeinschaft zu werden: der Professorentitel und die Anbindung an eine Institution im Lande Nordrhein-Westfalen. In der Praxis setzen sich die Mitglieder freilich mehrheitlich aus den Ordinarien der drei Universitäten Münster, Köln und Bonn sowie der Technischen Hochschule in Aachen zusammen.⁴⁸ Sie alle wurden ebenso wie Hoffmann in ihren Forschungen unterstützt: Max Braubach, Ordinarius für mittlere und neuere Geschichte in Bonn, war allein viermal in den Schriftenreihen vertreten, die die Arbeitsgemeinschaft herausgab; Theodor Schieder, seit 1949 Ordinarius in Köln, veröffentlichte darin *Das Deutsche Kaiserreich von 1871 als Nationalstaat* und eine kurze Studie über den Rappallo-Vertrag. In ähnlicher Weise ließe sich diese Liste für die anderen Historiker komplettieren, die in Nordrhein-Westfalen lehrten und zugleich intensiv an der Debatte über die Neuorientierung in der Geschichtswissenschaft beteiligt waren: Franz Steinbach, Hans Erich Stier, Peter Rassow, Paul Egon Hübinger und nicht zuletzt, seit 1955, Werner Conze.

Die eigentliche sozial- und wirtschaftshistorische Forschung war nicht allein durch Hoffmann prominent in der Arbeitsgemeinschaft vertreten: das einzige Ordinariat für dieses Fach existierte seit 1919 an der Universität Köln. Seine Inhaber, Bruno Kuske und dessen Nachfolger Ludwig Beutin, waren daher fest gesetzte Mitglieder in der Arbeitsgemeinschaft. Eine besondere Rolle nahm schließlich Joseph Höffner ein. Der spätere Kardinal und Erzbischof von Köln war zwar in erster Linie Theologe, hatte aber seinen dritten Dokortitel mit einem historischen Thema bei Walter Eucken erworben. Er stand seit 1951 an der Spitze des ebenfalls neu gegründeten Instituts für Christliche Sozialwissenschaften an der Universität in Münster. Als eines seiner Hauptarbeitsgebiete gab er Sozialgeschichte an.

Die im Februar 1956 erscheinende zweite Auflage der *Aufgaben deutscher Forschung* trug der gewachsenen geisteswissenschaftlichen Kompetenz in der Arbeitsgemeinschaft Rechnung. Die Historiker Stier, Hübinger, Braubach und Steinbach verfassten in der Rubrik *Geschichte* Zielkataloge zur Alten, Mittleren und Neueren Geschichte sowie zur historischen Landes- und Volkskunde.⁴⁹ Beutin nannte unter der Rubrik *Allgemeine Staats- und Gesellschaftswissenschaften* die Ziele der Sozial und Wirtschaftsgeschichte.

Braubach ausgenommen, der seinen Zielkatalog zwar auch auf die Erfahrung der Gegenwart bezog, sich dabei aber vor allem auf die Auseinandersetzung zwischen Totalitarismus und Demokratie und die Entstehung des Europagedankens konzentrierte, finden sich bei allen Historikern Untersuchungsfragen, die die Folgen des Fortschritts für vergangene Gesellschaften in den Blick nahmen: undeutlich bei Stier, der den Untergang der antiken Zivilisation als Forschungsfrage markierte, explizit bei Hübinger: „Ein wissenschaftsgeschichtlicher Impuls – für die Erforschung der Geschichte des

⁴⁸ ESCHEN, Köpfe (wie Anm. 44), danach auch das folgende.

⁴⁹ Daneben gab es unter der Rubrik *Geschichte* noch Artikel zur Ur- und Frühgeschichte, zur osteuropäischen Geschichte und zur Völkerkunde, die hier nicht berücksichtigt werden.

Mittelalters – geht aber nicht allein von den politisch-ideologischen Voraussetzungen der Gegenwart, sondern auch von ihrer technischen Entwicklung und dem beispiellosen Aufschwung der Naturwissenschaften aus.“⁵⁰ Steinbach forderte eine „Geschichte aller politischen, kirchlichen, kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Gebilde der Gegenwart“.⁵¹ Während die Historiker sich so sozialhistorischen Fragen annäherten und dabei stets den methodischen Schluß zu den systematischen Nachbardisziplinen suchten, kam ihnen Beutin von der Seite der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte entgegen. Wenngleich er einleitend von der überkommenen „Mittelstellung“ der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte ausging, ließ er keinen Zweifel daran, wo der Ort des Fachs bei der notwendigen Klärung der Fragen der Gegenwart sei: „Die Wirtschaftswissenschaften haben sich, seitdem die historische Schule der Nationalökonomie ihren Vorrang verlor, der Systematik zugewandt, die von der individuellen Erscheinung, die sich der historischen Forschung zunächst immer als Objekt darbietet, absieht.“ Die Wirtschaftsgeschichte gehöre statt dessen zu den „kulturhistorischen Wissenschaften“, da sie die geistigen und gesellschaftlichen Kräfte zu ermessen habe, die das industrielle Zeitalter hervorgebracht hätten. Beutin forderte daher eine „Gesellschaftsgeschichte“, die die wirtschaftlichen Antriebe und das Wesen moderner Gesellschaften aufzuklären habe.⁵²

Flankierte Hoffmann in der ersten Auflage der *Aufgaben* das technisch-naturwissenschaftliche Programm der Arbeitsgemeinschaft mit seinem Projekt zur Aufklärung industrieller Strukturen im wirtschaftlichen Wachstum, so hatte sich der Akzent in der zweiten Auflage hin zu den gesellschaftlichen Folgen wirtschaftlichen Wachstums verschoben. Auch Hoffmann selbst, der für diese Auflage nur noch zwei Artikel zur Wirtschaftstheorie und zur Industriegesellschaft verfasste, betonte, dass im Kern die „Möglichkeiten und Grenzen der Industrialisierung, [...] die nicht nur die wirtschaftliche, sondern auch die kulturelle Lebensform einer Gesellschaft“ berühre, erforscht werden müssten, während Höffner noch klarer davon ausging, dass der wirtschaftliche und gesellschaftliche Wandel eine historische „Erforschung des sozialen Milieus“ notwendig mache.⁵³

Gewiss ging die Hinwendung zu den gesellschaftlichen Folgen der Industrialisierung in den *Aufgaben* auf die Erfahrung des rapiden wirtschaftlichen Wandels in der Bundesrepublik zurück; auch war sie Ausdruck der Konkurrenz der Systeme, die von Hübinger ausdrücklich als Impuls zur Neuorientierung der historischen Forschung

⁵⁰ Paul Egon HÜBINGER, Mittelalter, in: Leo Brandt (Hg.), *Aufgaben deutscher Forschung*, Bd. I: Geisteswissenschaften, 2. Aufl., Köln/Opladen 1956, S. 107.

⁵¹ Franz STEINBACH, Geschichtliche Landes- und Volkskunde, in: Leo Brandt (Hg.), *Aufgaben deutscher Forschung*, Bd. I: Geisteswissenschaften, 2. Aufl., Köln/Opladen 1956, S. 131.

⁵² Ludwig BEUTIN, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, in: Leo Brandt (Hg.), *Aufgaben deutscher Forschung*, Bd. I: Geisteswissenschaften, 2. Aufl., Köln/Opladen 1956, S. 373 und 378. Zu Beutins Überlegungen s. auch CHUN, *Bild* (wie Anm. 20), S. 164f.

⁵³ Walther G. HOFFMANN, Industriegesellschaft, in: Leo Brandt (Hg.), *Aufgaben deutscher Forschung*, Bd. I: Geisteswissenschaften, 2. Aufl., Köln/Opladen 1956, S. 468; Joseph HÖFFNER, Katholische Soziallehre, in: ebd., S. 44

hervorgehoben wurde; ihr wichtigster Antrieb waren aber die Perspektiven für die industrielle Entwicklung, die in den wenigen Jahren seit dem Eintritt Brandts in die Forschungspolitik geschlagen worden waren. Die Projekte zu allen Feldern der Naturwissenschaften und der Technik, zumal zu den Leitsektoren Flugzeugbau, Hochfrequenztechnik und, allen voran, der Kerntechnik, die gleichzeitig in der Arbeitsgemeinschaft für Rationalisierung vorangetriebenen Untersuchungen über Automatisierung und die Steigerung der Produktivität, ließen die Vorstellung reifen, an der Schwelle eines neuen Zeitalters zu stehen. Die unerschöpfliche Energie durch Kernspaltung und Kernfusion werde der Antrieb für eine Gesellschaft sein, die ihre Kennzeichen in der Automatisierung der Fertigungsprozesse, in von elektronischen Rechenmaschinen gesteuerter Planung, einem durch Masseneinsatz von Flugzeugen mehrfach verdichteten Verkehr und einem weltweit steigenden Wohlstand haben würde.

Es blieb Leo Brandt selbst überlassen, diese Vision im Zusammenhang zu formulieren. Er erhielt die Möglichkeit dazu, nachdem Arnold am 20. Februar 1956 durch ein konstruktives Misstrauensvotum gestürzt worden war. Ministerpräsident war fortan bis 1958 Fritz Steinhoff (SPD). Für Brandts Arbeit im Land änderte sich wenig, doch konnte er sich als Staatssekretär für eine kurze Zeit parteipolitisch engagieren, ohne sich zugleich gegen seine Landesregierung zu stellen. Obwohl er bis zu diesem Zeitpunkt kein höheres Parteiamt innegehabt hatte, wurde er vom Bayerischen Vorsitzenden der SPD, Waldemar von Knoeringen, aufgefordert, an der Seite von Carlo Schmid das Hauptreferat des Bundesparteitags der SPD zu halten, der vom 10. bis 14. Juli 1956 im Deutschen Museum in München stattfand. Das Thema lautete nach einem von Brandt neu geprägten Begriff: *Die zweite industrielle Revolution*. Am dritten Tag des Parteitags hielt Brandt sein mehrfach von stürmischem Beifall unterbrochenes Referat, das in einem dramatischen Plädoyer für mehr Investitionen in die Forschung und die Gründung eines deutschen Forschungsrates gipfelte, sich hauptsächlich aber aus Bildern einer großartigen Zukunft und des deutschen Rückstands zusammensetzte: *Der Atomantrieb für Flugzeuge steht vor der Tür. Der Senkrechtstart beginnt. [...] Industriegüter werden künftig ohne Umladung in Häfen direkt hineingeflogen werden von den Erzeugungsstätten in der ganzen Welt. [...] Die Firma Glenn L. Martin hat vor vier Wochen [...] sieben Kisten vorgeführt. [...] Die Kisten werden in der Arktis ins Eis eingegraben, einen halben Meter Eis darüber, [...] am Ende kommt ein Kabel heraus. Diese sieben Kisten sind ein 1 ½ Jahre lang unbedient und ungewartet laufendes [...] für eine Stadt von 10.000 Einwohnern ausreichendes Atomkraftwerk.*⁵⁴ Carlo Schmid, Mitglied im Parteivorstand und zwei Jahre später der Kandidat der SPD für das Amt des Bundespräsidenten, argumentierte nüchterner, ging weniger auf die Atomeuphorie ein, sondern versuchte, die gesellschaftlichen Folgen der zweiten industriellen Revolution auszumessen. Wenn auch nur in Andeutungen, so ließ Schmid den versammelten Parteitag doch wissen, dass die zweite industrielle Revolution in einen tiefen Wandel

⁵⁴ Leo BRANDT, *Die zweite industrielle Revolution*, hrsg. vom Parteivorstand der SPD, Bonn 1956, S. 15 u. 18.

des Industrieproletariats als klassischer Klientel der SPD münden müsse. Schmid forderte daher in erster Linie eine Anpassung der Politik der SPD an die zu erwartenden gesellschaftlichen Umschichtungen, *um zu verhindern, dass der Übergang in die Welt der zweiten industriellen Revolution für Millionen zu einem Leidensweg wird.*⁵⁵ Entsprechend prominent war Brandts zweite industrielle Revolution im gut drei Jahre später verabschiedeten Godesberger Programm plaziert: *Die zweite industrielle Revolution schafft Voraussetzungen, den allgemeinen Lebensstandard stärker als bisher zu erhöhen und die Not und das Elend zu beseitigen, die noch immer viele Menschen bedrücken.*⁵⁶ Noch vierzig Jahre später erinnerte sich einer der Teilnehmer wehmütig an den Geist des Münchener Parteitags: „Der ganze Parteitag der damaligen Sozialdemokratie, personifiziert in diesen beiden Hauptrednern [...] spiegelte einen Geist der Zuversicht, des Vertrauens in den technischen Fortschritt und seine Nutzbarkeit zum kulturellen und gesellschaftlichen Fortschritt, wie es [mir ...] seither weder in der SPD noch sonstwo in Deutschland jemals wieder begegnet ist.“⁵⁷

Zwei Monate nach diesem weithin beachteten Ereignis⁵⁸ hielt Werner Conze seinen Vortrag über die Strukturgeschichte des technisch-industriellen Zeitalters vor der Arbeitsgemeinschaft für Forschung. Er fiel in eine entscheidende Phase seiner Karriere. Conzes Diätendozentur an der Universität Münster war im Februar 1955 zur Abwehr eines Rufes an die Freie Universität in ein Extraordinariat umgewandelt worden; im Juni 1956 deutete es sich jedoch an, dass Conze auch mit einem Ruf nach Heidelberg rechnen konnte.⁵⁹ Der Vortrag vor der Arbeitsgemeinschaft für Forschung am 19. September 1956 ist daher auch im Zusammenhang der Bleibeverhandlungen zu verstehen, die sich bis Ende Oktober 1956 hinzogen. Erstes greifbares Ergebnis war seine Ernennung zum ordentlichen Professor in Münster Ende Juli 1956; Conze verhandelte aber hauptsächlich über die Wiederbelebung der sozialgeschichtlichen Abteilung in der Sozialforschungsstelle der Universität Münster in Dortmund.

Die 1946 gegründete Sozialforschungsstelle war die bedeutendste sozialwissenschaftliche Forschungseinrichtung in der Bundesrepublik. Für Conze hatte sie aber besondere Bedeutung, da sich hier mit Gunther Ipsen einer seiner akademischen Lehrer – als Ipsens Assistent hatte sich Conze 1940 habilitiert – und Carl Jantke eingefunden hatten. Conze sah sich und Jantke, ebenfalls ein Schüler von Ipsen und seit 1940 Dozent in Königsberg, als gemeinsame „Erben einer nur schwach weiterentwickelten

⁵⁵ Protokoll der Verhandlungen des Parteitags der SPD vom 10. Juli bis 14. Juli 1956 in München, Bonn o.J., S. 166-186.

⁵⁶ Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Beschlossen vom Außerordentlichen Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Bad Godesberg vom 13. bis 15. November 1959, Bonn 1959, S. 8.

⁵⁷ Helmut SCHMIDT, Carlo Schmid 1896 – 1979. Vortrag vor dem Gesprächskreis Geschichte der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn am 16. Oktober 1996, Bonn 1996, S. 21.

⁵⁸ Das Manuskript des Vortrags Brandts wurde 1956 vom Parteivorstand der SPD als Broschüre herausgegeben, BRANDT, Revolution (wie Anm. 53) und erschien – in erweiterter Form – 1957 als Taschenbuch, BRANDT, Revolution (wie Anm. 39).

⁵⁹ ETZEMÜLLER, Sozialgeschichte (wie Anm. 12), S. 139f. Danach auch das folgende.

Tradition historisch gerichteter Sozialwissenschaften.“⁶⁰ Jantke leitete bis 1953 die sozialgeschichtliche Abteilung der Sozialforschungsstelle. Bereits 1950 war es Conze gelungen, einen seiner ersten Schüler, Wolfgang Köllmann, hierher als Mitarbeiter zu vermitteln.⁶¹ Nach Jantkes Weggang hatte die Abteilung freilich schnell ihre Bedeutung verloren. Im Sommer 1954 wurde sie stillgelegt.⁶²

Conzes Konzept für ihre Wiederbelebung folgte den Überlegungen, die er 1952 in der erwähnten Miscelle in der GWU vorstellte, nachdem er seit längerer Zeit nach einer Gelegenheit gesucht hatte, *die Methode dar(zu)stellen, die mir seit Jahren vorschwebt [...] eine Weiterführung der sozialgeschichtlichen Richtung Otto Brunners für die moderne Zeit.*⁶³ Die sozialgeschichtliche Forschung müsse aus ihrer Einbettung in die Wirtschaftsgeschichte befreit und als genuiner Bestandteil der neueren Geschichte etabliert werden, in der Formulierung Brunners „als Darstellung der inneren Struktur historischer Gebilde“.⁶⁴ Dieses Konzept konnte er bald durchsetzen: Das Kultusministerium des Landes Nordrhein-Westfalen sicherte Conze anlässlich der Ernennung zum ordentlichen Professor auch die finanzielle Unterstützung einer sozialgeschichtlichen Forschungseinrichtung zu und die Sozialforschungsstelle erklärte sich bereit, die Sozialgeschichtliche Abteilung unter seiner Leitung zum 1. April 1957 wieder einzurichten.⁶⁵

Conze trug sich freilich mit einem größeren Projekt, das er erstmals in einem Brief an Hübinger Ende 1954 vorgetragen hatte. Es ging zwar von der Idee einer sozialgeschichtlichen Forschungsstelle aus, war aber wesentlich breiter angelegt: Auch um den Rückstand gegenüber entsprechenden Bemühungen in der DDR aufzuholen, schlug er Hübinger vor, ein Institut zu gründen, das *gleichsam historische Grundlagenforschung für das technisch-industrielle Zeitalter als Aufgabe zugewiesen erhalten soll. [...] Es würde also mehr als Sozialgeschichte im engeren Sinne sein, vielmehr historische Soziologie, Sozialökonomie, Staatslehre und Politik mit dem Versuch ihrer engen Verflechtung im historischen Bereich der Geschichte seit den Revolutionen.*⁶⁶ Es wäre zu prüfen, wie weit diese Idee, die Conze anlässlich Hübingers Ernennung zum Ministerialdirektor im Bundesinnenministerium an diesen richtete, bereits die Überlegungen beeinflusste, die die Historiker in der Arbeitsgemeinschaft für Forschung als ihre *Aufgaben* definierten; jedenfalls fügte es sich passgenau an die Annäherung zwischen der allgemeinen Geschichtswissenschaft und der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, die

⁶⁰ Werner CONZE, Die Gründung des Arbeitskreises für moderne Sozialgeschichte, in: Ders., Gesellschaft – Staat – Nation. Gesammelte Aufsätze, hrsg. v. Ulrich Engelhardt, Reinhart Koselleck u. Wolfgang Schieder (= Industrielle Welt 52), Stuttgart 1992, S. 95.

⁶¹ DIETZ/REULECKE/STOHLMANN, Köllmann, S. IV.

⁶² ETZEMÜLLER, Sozialgeschichte (wie Anm. 12), S. 140.

⁶³ Conze an Köllmann, 12.12.50, Universitätsarchiv Ruhr-Universität Bochum, Nachlass Köllmann, Bd. 1.

⁶⁴ Werner CONZE, Die Stellung der Sozialgeschichte in Forschung und Unterricht, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 3 (1952), S. 655.

⁶⁵ ETZEMÜLLER, Sozialgeschichte (wie Anm. 12), S. 141.

⁶⁶ Zit. n. CONZE, Gründung, S. 96f.

sich in den Beiträgen Hübingers und Beutins spiegelte. Conzes erweitertes Konzept ging gerade nicht mehr davon aus, die Sozialgeschichte aus ihrer Einbettung in die Wirtschaftsgeschichte zu befreien, sondern er wollte sie gleich mitnehmen, wenn politische und Sozialgeschichte integriert wurden.

Konzeptionell lehnte sich das Projekt eines *Instituts für die Strukturgeschichte des technisch-industriellen Zeitalters* an die Thesen Hans Freyers an, in den zwanziger Jahren einer der führenden Köpfe der konservativen Revolution und Gründer der sogenannten Leipziger Schule der Soziologie. Obwohl Freyer nach 1945 keinen Lehrstuhl mehr einnehmen konnte, sondern als Gastprofessor an der Universität Münster lehrte, gehörte er mit seinen Hauptveröffentlichungen aus der Nachkriegszeit, *Weltgeschichte Europas* (1948) und *Theorie des gegenwärtigen Zeitalters* (1955) zu den einflussreichsten Denkern der frühen Bundesrepublik. Der Kernbegriff Freyers zur Beschreibung des gegenwärtigen Zeitalters war das *sekundäre System*. Der Übergang zur industriellen Gesellschaft um 1800 war seiner Ansicht nach eine epochale, nur mit dem Übergang zu Ackerbau und Viehzucht vergleichbare Zäsur der Menschheitsgeschichte, da mit ihr eine rasch ansteigende Entfremdung des Menschen von natürlichen sozialen Ordnungen einhergegangen sei. Die industrielle Gesellschaft habe einen Apparat aus Institutionen, Kreisläufen und Spielregeln, das *sekundäre System*, entstehen lassen. Es reduziere den Menschen auf seine Funktion für diese Gesellschaft und setze „beständig menschliche Lebendigkeit in sachliche Effizienz“ um.⁶⁷ Diese Entwicklung sei unumkehrbar, das sekundäre System könne auch nicht – im marxistischen Sinne – einen neuen Menschen erschaffen, der ihm gewachsen sei.⁶⁸ Freyer ging allerdings davon aus, dass die Entfremdung gemindert werden könne, wenn es möglich sei, „in den Völkern unseres Kulturkreises unverbrauchte Kräfte“ zu mobilisieren. Sie seien aber nur aus dem historischen Erbe zu gewinnen: „Aus der Vergangenheit müssen [...] die Möglichkeiten erschlossen werden, die der Situation gewachsen sein können.“⁶⁹ Die Aufgabe bestehe allerdings nicht darin, die gegenwärtige Gesellschaftsordnung „historisch herzuleiten, [...] sondern (darin) ihren Strukturbegriff [...] zu gewinnen“, ⁷⁰ um eine optimistische Zukunftsperspektive abzuleiten. Diese konservative, auf der anderen Seite aber, in ihrer optimistischen Wendung, dem technischen Fortschritt zugewandte Theorie begleitete die Diskussion über die Sozialgeschichte seit 1949, nicht nur in den Schriften von Werner Conze; wies sie doch der Soziologie und der Geschichtswissenschaft zumal in ihrer Verbindung eine Schlüsselstellung beim Verstehen und beim Wandel der industriellen Gesellschaft zu. Auf dem Historikertag in Ulm vom 13. bis 16. September 1956 konnte Freyer dieses Konzept der industriellen Gesellschaft abermals vorstellen – und hier wurde bereits deutlich, wie nahe es im Verständnis der Zeitgenossen zu den Überlegungen war, die den Parteitag der

⁶⁷ Hans FREYER, *Der Mensch und die gesellschaftliche Ordnung der Gegenwart*, in: *Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft* 110 (1954), S. 10.

⁶⁸ Hans FREYER, *Theorie des gegenwärtigen Zeitalters*, Stuttgart 1955, S. 245.

⁶⁹ FREYER, *Theorie* (wie Anm. 67), S. 236.

⁷⁰ FREYER, *Mensch* (wie Anm. 66), S. 3.

SPD bestimmt hatten. Zwei Historiker aus der DDR bezeichneten Freyers Vortrag als „Apotheose der zweiten industriellen Revolution“⁷¹ – Brandts Thesen über den grundlegenden Wandel des Proletariats hatten beträchtliches Aufsehen in der SED erregt. Noch 1956 reagierte der Sekretär für Wirtschaft im ZK der SED mit einer Gegenschrift.⁷²

Conzes Vortrag vor der Arbeitsgemeinschaft für Forschung am 19. September 1956 ist als Programm für ein *Institut für die Strukturgeschichte des technisch-industriellen Zeitalters* vor dem Hintergrund der These über die zweite industrielle Revolution zu lesen. Conze rief die epochale Zäsur der industriellen Revolutionen ebenso auf wie das sekundäre System, das er mit einer Bemerkung Johan Huizingas über die „Formlosigkeit“ der Geschichte der neueren Zeit einführte. Er konkretisierte jedoch den Optimismus Freyers, und er spitzte ihn politisch zu. „Zwingende Strukturen“ – im Sinne des sekundären Systems Freyers – „legen den Menschen nicht nur fest, sondern fordern den sie verändernden und gestaltenden Menschen heraus. Erfolgt auf diese Herausforderung keine Antwort mehr, so treibt die politische Ordnung zur Auflösung und verfällt dem geschichtlich stärkeren, der im technisch-funktionalen Zwang nicht nur effektvoller, sondern auch moralisch kräftiger zu handeln versteht. Darin liegt der Kern der weltgeschichtlichen Auseinandersetzung unserer Tage“.⁷³ Das allein war Anlass, sich gegen eine Trennung von politischer und Sozialgeschichte bei der Strukturanalyse des industriellen Zeitalters zu wenden; Conze ging aber noch weiter: Die Strukturanalyse ließe sich nur unternehmen, wenn die Geschichte wieder auf Wissenschaftsbereiche Zugriff nehmen könne, die sich im Zuge der Spezialisierung der Wissenschaften von der historischen Methode gelöst hatten. Das Institut, das Conze vorschwebte, sollte also historische Konstellationsanalysen mit Unterstützung der Politologie, der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften und der „Technologie“ erstellen, Grundlagenforschung für das technisch-industrielle Zeitalters leisten, wie er Hübinger 1954 vorgelesen hatte.

Der Begriff *zweite industrielle Revolution* fiel weder in Conzes Vortrag noch in der anschließenden Diskussion. Gleichwohl kreisten die Überlegungen um den Nutzen der Geschichte für die Bewertung des „Gesetzmäßigen im Gegenwärtigen“, wie der Physiker Walter Weitzel es nannte. Der Beitrag, der Conze allerdings am meisten entgegenkam, wurde von dem Direktor der Ruhrgas, Fritz Gummert formuliert: Die ungeheure Beschleunigung des technischen Fortschritts habe ältere geschichtliche Weltbilder widerlegt; „mir scheint, dass die meisten Historiker zu wenig gegenwartsbezogen sind. Scherzhafterweise möchte ich sagen, dass vielleicht wichtiger als manche Hilfslehrstühle bei der Geschichte, wie Kunst-, Musik-, Altertums-Geschichte usw. ein ‚Lehrstuhl für die Geschichte der Zukunft‘ wäre“.⁷⁴ Dass dieser Scherz im Begriff war,

⁷¹ SCHULZE, *Geschichtswissenschaft* (wie Anm. 11), S. 296.

⁷² Gerhard ZILLER, *Der Beginn der industriellen Umwälzung und die Arbeiterklasse*, in: Ders./Fritz SELBMANN, *Die neue Epoche der technischen Entwicklung*, Berlin 1956, S. 37-50.

⁷³ CONZE, *Strukturgeschichte*, S. 17.

⁷⁴ Diskussion, in: CONZE, *Strukturgeschichte*, S. 31.

allerdings in der Form eines Instituts, konkrete Formen anzunehmen, ließ sich schließlich aus dem Beitrag Brandts ermaßen. Sein inhaltlicher Diskussionsbeitrag war wenig originell. Er schloss aber mit einer Bemerkung, die nach dem Modus der Forschungsförderung durch die Arbeitsgemeinschaft durchaus als Angebot an Conze zu verstehen war: „Sie haben weiterhin die Frage der Gemeinschaftsarbeit angeschnitten. Ich begrüße die Anregung sehr und bin der Überzeugung, dass es an den notwendigen Mitteln zur Verwirklichung von Plänen zur Errichtung und Unterhaltung entsprechender Gemeinschaftsgründungen nicht fehlen wird.“⁷⁵

4. Zwei Lehrstühle in Bochum

Conze hat selbst geschildert, warum er auf das Angebot Brandts nicht einging, sondern statt dessen den Ruf nach Heidelberg annahm. Das Stuttgarter Kultusministerium sagte ihm die Gründung eines eigenen Instituts für moderne Sozialgeschichte zu, was die Leitung einer sozialgeschichtlichen Abteilung in Dortmund aufwog. Wichtiger war freilich, dass Hübinger, der sich 1954 hinhaltend geäußert hatte, im Herbst 1956 mit der Idee einer historischen Bundeskommission auf Conze zuing, die den Grundgedanken des Vortrags vor der Arbeitsgemeinschaft folgte.⁷⁶ Diese Idee löste mehrere mögliche Vorbehalte gegen ein vom Land Nordrhein-Westfalen allein finanziertes Institut für die Strukturgeschichte des technisch-industriellen Zeitalters. Schon in den Grundzügen war dieses Projekt so groß, dass es von mehreren Mitgliedern der Historikerzunft getragen werden musste, und vor allem auch von Wissenschaftlern, die jenseits der Landesgrenze von Nordrhein-Westfalen arbeiteten. Der wichtigste Ansprechpartner für Conze, Jantke, hatte gerade einen Ruf an die Universität Hamburg angenommen und kam für ein nur nordrhein-westfälisches Projekt nicht in Frage. Auch Theodor Schieder riet Conze „wegen der Kräfteverteilung im Fach, die mehr auf Streuung drängt“⁷⁷ zu Heidelberg. Der wichtigste Vorbehalt gegen ein Institut, das die erste industrielle Revolution analysierte, um Beratungsfunktionen an der Schwelle zur zweiten industriellen Revolution zu übernehmen, lag aber darin begründet, dass diese Idee parteipolitisch kontaminiert war. Die *zweite industrielle Revolution* wurde in erster Linie mit dem Programm der SPD identifiziert und es konnte auch in Nordrhein-Westfalen noch nicht davon ausgegangen werden, dass diese Partei jene Mehrheiten hatte, die ein solches Institut dauerhaft tragen würden. Der Plan für eine historische Bundeskommission blieb zwar bereits im Mai 1957 stecken, aber immerhin konnte Conze neben seinem Institut in Heidelberg den Arbeitskreis für moderne Sozialgeschichte gründen, der seit 1959 im Bundeshaushalt etatisiert war.⁷⁸

⁷⁵ Diskussion, in: CONZE, Strukturgeschichte, S. 34.

⁷⁶ CONZE, Gründung, S. 97f.

⁷⁷ Zit. n. ETZEMÜLLER, Sozialgeschichte (wie Anm. 12), S. 141; CONZE, Gründung, S. 97f.

⁷⁸ ETZEMÜLLER, Sozialgeschichte (wie Anm. 12), S. 159f.

Wie klug es gewesen war, nicht auf die Karte von Leo Brandt zu setzen, zeigte sich bald. Bei den Wahlen zum Landtag von Nordrhein-Westfalen im Juli 1958 trat Karl Arnold abermals als Kandidat für das Amt des Ministerpräsidenten an; ein Erfolg der CDU schien sicher. Arnold starb jedoch, unerwartet, vierzehn Tage vor der Wahl im Alter von noch nicht 57 Jahren. Die CDU stellte kurzfristig einen Berufspolitiker als Spitzenkandidaten auf, Franz Meyers, Jurist aus Mönchengladbach, längere Zeit Innenminister von Nordrhein-Westfalen, aber seit Anfang 1958 Bundesgeschäftsführer der CDU, „Globke der Partei“.⁷⁹ Anders als Arnold war Meyers kein Mann, der für Visionen zu gewinnen war, zumal, wenn sie von einer anderen Partei vertreten wurden. Sein wichtigster Verbündeter in der Auseinandersetzung über die *Brandt-Stiftungen*, wie Meyers die Ergebnisse der Forschungspolitik der fünfziger Jahre nannte, war Werner Schütz, seit 1954 unter Arnold und nun wieder Kultusminister. Schütz hatte Brandt schon in seiner ersten Amtszeit dringend gebeten, ein „Minimum an rechtlicher Ordnung“ für die AGF zuzulassen, war damit aber auf taube Ohren gestoßen.⁸⁰

Die Grundlage für das Vorgehen von Meyers und Schütz gegen Brandt waren die Berichte des Landesrechnungshofes, der sich seit 1954 über die Ausgabenpolitik im Wirtschaftsministerium empörte und nun einen Prüfungsbericht über die Kernforschungsanlage Jülich, das Paradeferd Brandts, mit einem katastrophalen Ergebnis vorlegte. Am 3. Dezember 1958 wurde daraufhin in einem Kabinettsbeschluss festgelegt, die Mittel für die Forschungsförderung sowie die Arbeitsgemeinschaften für Forschung und Rationalisierung in den Geschäftsbereich des Kultusministeriums zu übertragen. Da Schütz sich weigerte, Brandt formell als Staatssekretär in sein Ministerium zu übernehmen, wurde er dem Kultusminister lediglich als „Berater“ zugeordnet; später entstand aus dieser Funktion ein Landesamt für Forschung, das nicht viel mehr Aufgaben hatte, als einen jährlichen Bericht über die Forschung in Nordrhein-Westfalen vorzulegen.⁸¹ Nicht genug, dass Brandt mit dieser Konstruktion schlagartig ausgeschaltet war, verfiel er einer *damnatio memoriae* archaischen Zuschnitts.⁸² Meyers gelang das Kunststück, Brandt bei einem Vortrag über die Geschichte der Forschungsförderung in Nordrhein-Westfalen vor der AGF im Januar 1960 mit keinem Wort zu erwähnen; gleiches wiederholte sich 1961 bei der Betriebsaufnahme der Kernforschungsanlage Jülich.

Auch in den Annalen der Ruhr-Universität taucht der Name Leo Brandt allenfalls in Nebensätzen auf, während Werner Schütz omnipräsent ist. Die Entmachtung Brandts, insoweit sie mit der Mittelübertragung auf das Kultusministeriums einher ging, schuf in mancher Hinsicht erst die finanziellen Voraussetzungen, das Projekt einer neuen Hochschule aus diesem Ministerium heraus in Angriff zu nehmen; unter Arnold war zwar ein Unterausschuss des Kulturausschusses des Landtags zur Beratung der Grün-

⁷⁹ Stefan MARX, Franz Meyers 1908 – 2002. Eine politische Biographie, Essen 2003, S. 172.

⁸⁰ BRAUTMEIER, Forschungspolitik, S. 117.

⁸¹ BRAUTMEIER, Forschungspolitik, S. 105f.; RUSINEK, Brandt, S. 87.

⁸² Middelhouwe an Brandt, 2.3.65, HStA Düsseldorf RWN-18/25, Bl. 109.

derung einer neuen Hochschule eingerichtet worden, er kam aber keinen einzigen Schritt voran.⁸³ Es war der Tatkraft von Schütz zu verdanken, dass die Universität in Bochum so schnell Wirklichkeit wurde. Nichtsdestoweniger konnte ihr Aufbau auf konzeptionelle Vorläufer zurückgreifen. Jenes Gebilde, das nach dem Vorbild der Entwicklungsgruppen im Reichsluftfahrtministerium 1949 entstanden war und 1956 differenzierte Vorgaben für die *Aufgaben deutscher Forschung* gerade mit dem Ziel interdisziplinärer Verflechtung gemacht hatte, war, anders gewendet, nichts weniger als der Strukturplan für eine Universität. Wie weitgehend, lässt sich an einer der wichtigsten strukturellen Neuerungen nachweisen. Die Abteilung für Sozialwissenschaft, wie sie der Gründungsausschuss in seiner Denkschrift 1962 empfahl, war ein Wiedergänger jenes Aufgabenbündels für die Allgemeinen Staats- und Gesellschaftswissenschaften, in dessen Rahmen Ludwig Beutin 1956 seine *Aufgaben* für die Sozial- und Wirtschaftsgeschichte formuliert hatte: In beiden setzte sich der Fächerkanon aus Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Politologie, Soziologie, Sozialpolitik, Sozialpsychologie und Statistik zusammen, lediglich Finanzwissenschaft und Publizistik waren vom Gründungsausschuss in andere Abteilungen verlegt worden. Diese Übereinstimmung war nicht zufällig; hatten die Mitglieder des Gründungsausschusses aus den Geistes- und Sozialwissenschaften doch ausnahmslos schon in der Arbeitsgemeinschaft für Forschung zusammengesessen: Braubach, Höffner, der Philosoph Joachim Ritter und schließlich Werner Conze.

Um auf die Ausgangsfrage zurückzukommen: Die Konstruktion der Lehrstühle für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte in Bochum war Ergebnis einer Auseinandersetzung, die im Gründungsausschuss zwischen Höffner und Conze entflammte. Conze war erst nach der Konstituierung des Gründungsausschusses hinzugezogen worden und konnte erst an der vierten Sitzung teilnehmen. Zu diesem Zeitpunkt musste er jedoch feststellen, dass die Sozial- und Wirtschaftsgeschichte wie auch in den *Aufgaben* nur im Strukturplan für die Sozialwissenschaftliche Abteilung auftauchte. Verbunden mit dem Vorwurf der *Aushöhlung der Philosophischen Fakultät* kämpfte er deshalb abermals für das Credo seines Instituts für die Strukturgeschichte des technisch-industriellen Zeitalters, die Notwendigkeit, Sozialgeschichte, politische Geschichte, aber auch Wirtschaftsgeschichte *im historischen Bereich* miteinander zu verflechten.⁸⁴ Er wollte deshalb beide Lehrstühle – einen mit dem Akzent auf Sozial- und Verfassungsgeschichte, einen zweiten mit der Betonung der Wirtschaftsgeschichte – in der Abteilung für Geschichtswissenschaft angesiedelt wissen. Höffner entgegnete, die Sozialwissenschaften könnten nicht auf einen sozialgeschichtlichen Lehrstuhl verzichten, in dem die Ge-

⁸³ Burkhard DIETZ, Hochschulpolitik in Nordrhein-Westfalen und die Gründung der Ruhr-Universität, in: Burkhard Dietz/Winfried Schulze/Wolfhard Weber (Hg.), Universität und Politik. Festschrift zum 25jährigen Bestehen der Ruhr-Universität Bochum, Bd. I, Bochum 1990, S. 59.

⁸⁴ Niederschrift der 4. Sitzung des Gründungsausschusses der Universität Bochum am 8.1.62, Universitätsarchiv Bochum, Gründungsausschuss Protokolle 1- 37.

schichte der Gesellschaftssysteme betrachtet werde.⁸⁵ Am Ende kam es zu dem Kompromiss, der sich in der Denkschrift des Gründungsausschusses abbildete: Je ein Lehrstuhl für Sozial- *und* Wirtschaftsgeschichte entstand in den Abteilungen für Geschichts- und Sozialwissenschaft, mit vollen Rechten in der jeweils anderen. Nachdem die Entscheidung gefallen war, die Geschichte der Technik ebenfalls in die Abteilung für Geschichtswissenschaft zu integrieren⁸⁶, bildete die Gesamtheit diese drei Lehrstühle für Sozial-, Wirtschafts- und Technikgeschichte, mit der Geschichtswissenschaft verflochten, aber gleichzeitig eng mit den systematischen Fächern der Sozialwissenschaft verbunden, tatsächlich eine kleinere Variante des Instituts für die Strukturgeschichte des technisch-industriellen Zeitalters, wie es 1956 im Vortrag vor der Arbeitsgemeinschaft für Forschung entworfen worden war.

5. Schluss

Es wäre überzogen, die Blüte der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte im Ausbau der Universitäten insgesamt Leo Brandts *zweiter industrieller Revolution* zuzurechnen. Der Staatssekretär im Ministerium für Wirtschaft und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen zeigt allerdings ein sehr ausgeprägtes und auch nicht wenig einflussreiches Beispiel der Fortschrittseuphorie, die sich aus der Erfahrungswelt der fünfziger Jahre speiste, dabei aber auch mit den Erinnerungen an die Technik des Totalen Krieges verbunden war. Das sozialhistorische Paradigma entstand durchaus aus einer älteren innerwissenschaftlichen Diskussion; davon abzusetzen ist aber die Wendung zur Strukturgeschichte des technisch-industriellen Zeitalters im Sinne Conzes oder zu einer Sozial- und Wirtschaftsgeschichte als kulturhistorischer Wissenschaft im Sinne Ludwig Beutins. Ihre Überlegungen speisten sich aus der Erfahrung der Gegenwart. Der Wirtschaftsaufschwung in der jungen Bundesrepublik und die Erfolge der Forschung in Technik und Naturwissenschaft nährten den Glauben an ein heraufziehendes neues Zeitalter; die Sozial- und Wirtschaftsgeschichte bot sich durch Conze, Hoffmann, Beutin und andere an, den Weg dorthin zu bahnen, auf der Basis der Analyse der ersten industriellen Revolution, nüchtern und kritisch, ähnlich wie Carlo Schmid den Vortrag Leo Brandts auf dem Parteitag der SPD 1956 begleitet hatte.

Diese Anstrengungen sind – wenngleich hier nur knapp darauf eingegangen werden konnte – durchaus als Teil der Konkurrenz der Systeme und spezifischer als Reaktion auf die Bemühungen um die Wirtschaftsgeschichte als Expertenwissenschaft im Sozialismus zu verstehen, die sich – meist mit dem Namen von Jürgen Kuczynski verbunden – zur gleichen Zeit in der DDR entfalteten. Der Aufbruch der Sozial- und Wirt-

⁸⁵ Niederschrift der 6. Sitzung des Gründungsausschusses der Universität Bochum am 6.-8.3.62, Universitätsarchiv Bochum, Gründungsausschuss Protokolle 1- 37.

⁸⁶ Niederschrift der 7. Sitzung des Gründungsausschusses der Universität Bochum am 2.4.62, abgedr. in: WEBER/ENGELSKIRCHEN, Streit (wie Anm. 2), S. 421.

schaftsgeschichte im Westen war ebenfalls Teil der Funktionserweiterung der Gesellschaftswissenschaft in der frühen Bundesrepublik, die neue „Leistungsbeziehungen“ zu Politik und Wirtschaft aufbaute.⁸⁷ Das Fach trat an, durch die Analyse der ersten industriellen Revolution Anhaltspunkte für die Bewertung der zweiten zu geben; zugleich schützte in dieser Funktion die Geschichtswissenschaft insgesamt: Die Erfahrung des technischen Fortschritts stellte auf breiter Front Geschichtsbilder in Frage, die noch in der ersten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts das Misstrauen gegen die Moderne begründet hatten: „Da ich dieses geschichtliche Weltbild für falsch halte, habe ich mir ein eigenes gemacht“, sagte Fritz Gummert, bevor er scherzhaft einen *Lehrstuhl für die Geschichte der Zukunft* forderte. Es gab durchaus die Gefahr, dass die Protagonisten der *zweiten industriellen Revolution* ihre eigene Geschichte schrieben, und deshalb musste die etablierte Geschichtswissenschaft sich um ein Geschichtsbild bemühen, das gerade nicht mehr aus der Kritik an der Moderne und schon gar nicht aus der „Volksgeschichte“ zu schöpfen war.

Wenig verwunderlich, dass dieser Impuls sich nicht allein auf die Universität im Arbeitermilieu beschränkte: Das Ruhrgebiet war zwar ein vorzügliches Fallbeispiel für die sozialen Verwerfungen, die eine zügellose Industrialisierung produzieren konnte. Als solches ließ es sich aber auch in München oder Hamburg analysieren. Die institutionelle Streuung der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte statt des Aufbaus eines zentralen Forschungsinstituts im Ruhrgebiet beweist um so mehr, wie mächtig der Sog war, den die Erfahrung des technischen Fortschritts in den fünfziger Jahren auf die Geschichtswissenschaft ausübte. Es ist in dieser Hinsicht auch kein Zufall, dass der Beginn der Krise der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte zeitlich mit dem Brand des Kernreaktors in Tschernobyl zusammenfällt. Die Skepsis über den technischen Fortschritt rührt an das Selbstverständnis eines Fachs, das auf ein Handeln zentriert ist, dessen Horizont eine bessere Zukunft war. Zwar zweifeln heutige Sozial- und Wirtschaftshistoriker gelegentlich am Verstand ihrer historischen Protagonisten, die Untersuchung des Zweifels am Fortschritt ist – nach wie vor – eher nicht ihre Sache.

⁸⁷ Margit SZÖLLÖSI-JANTZE, Wissensgesellschaft in Deutschland: Überlegungen zur Neubestimmung der deutschen Zeitgeschichte über Verwissenschaftlichungsprozesse, in: *Geschichte und Gesellschaft* 30 (2004), S. 279.